

INFORMATION

zur Pressekonferenz

mit

Landesrat Rudi Anschober

**Pater Mag. August Aichhorn (Pregarten) mit
Asylwerber Ahmed**

am

11. September 2018

zum Thema

**Offensive gegen die Abschaffung der Lehre für
Asylwerber/innen - die aktuellen Zahlen & Entwicklungen,
die geplanten Initiativen und der enorme Zeitdruck, da
Abschaffung in den nächsten Tagen geplant ist**

Impressum

Medieninhaber & Herausgeber:
Amt der Oö. Landesregierung
Direktion Präsidium
Abteilung Presse
Landhausplatz 1 • 4021 Linz

Tel.: (+43 732) 77 20-114 12
Fax: (+43 732) 77 20-21 15 88
landeskorrespondenz@ooe.gv.at
www.land-oberoesterreich.gv.at

Offensive gegen die Abschaffung der Lehre für Asylwerber/innen - die aktuellen Zahlen & Entwicklungen, die geplanten Initiativen und der enorme Zeitdruck, da Abschaffung in den nächsten Tagen geplant ist

Alarm schlägt Integrations-Landesrat Rudi Anschober: die nächsten Tage sind die letzte Chance, den Regierungsplan einer Zerstörung des Zugangs für Asylwerber/innen zur Lehre zu Fall zu bringen. Denn bereits Anfang nächster Woche will das Sozialministerium mit einem neuen Erlass jenen Erlass aus 2012, der den Zugang ermöglicht hat, korrigieren und stoppen.

LR Rudi Anschober: *„Das wäre ein - europarechtswidriger - dramatischer Schlag gegen den Wirtschaftsstandort, gegen einen wesentlichen Beitrag zur Verringerung des Lehrstellenmangels und eine Zerstörung des wichtigsten Integrationsprojektes.“*

Schon seit Tagen werden in den verschiedenen Bundesländern auf Anträge von Unternehmen keine Entscheidungen über eine Genehmigung von Lehrstellen mehr getroffen. Österreichweit sind nach unseren Abschätzungen davon bereits dutzende Anträge betroffen.

Doch Anschobers Initiative "Ausbildung statt Abschiebung" erhält immer mehr Zulauf, vor allem aus der Wirtschaft: bereits 840 Unternehmen unterstützen. Und ein Offener Brief an Bundeskanzler Kurz hat bereits tausende Unterstützer/innen gefunden - dieser fordert Sicherheit vor Abschiebungen für Lehrlinge, eine Fortsetzung des Zugangs zur Lehrstelle und eine rasche Umsetzung des versprochenen Aufenthaltsstatus für Lehrlinge mit Fluchthintergrund.

In Oberösterreich fehlen fast 4.000 Lehrlinge

In vielen Bereichen fehlen in Oberösterreich seit Jahren Lehrlinge. Diese Situation wird immer dramatischer. Ohne Lehrlinge aber sind viele Klein- und Mittelbetriebe in ihrer Existenz gefährdet. Aktuell fehlen in Oberösterreich fast 4.000 Lehrlinge. Eine wichtige Entlastung für diese elementare Gefährdung des Wirtschaftsstandortes stellt die Mitarbeit von Asylwerber/innen dar. Seit 2012 in Mangelberufen für Menschen bis 25 ermöglicht, sind heute in OÖ bereits 436 Asylwerber/innen in der Lehre aktiv. Damit wird der Lehrstellenmangel um rund 12 Prozent verringert.

140 dieser Asylwerber/innen sind als Lehrlinge in der Gastronomie tätig, 19 als Bäcker, 15 Friseur/innen, 32 Maurer, 22 Tischler/innen, 21 Elektrotechniker, 16 Metalltechniker/innen u.v.a.m.

Lehrausbildung ist die beste Integrationsmöglichkeit

Die Lehrausbildung ist nach der Zerstörung vieler Integrationsmöglichkeiten für Asylwerbende durch die Bundesregierung die letzte große Integrationsmöglichkeit. Lehrlinge erhalten eine Ausbildung, eine Lebensperspektive, lernen besser Deutsch, erhalten in der Berufsschule einen allgemeinen Bildungszugang, lernen Freunde kennen, wachsen schrittweise in unsere Gesellschaft. Wird der Zugang zur Lehre zerstört, wird für viele die Perspektive zerstört. Gerade angesichts immer längerer Asylverfahren werden Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten für die Betroffenen immer wichtiger. Die durchschnittliche Verfahrensdauer in der ersten Instanz lag 2013 bei 2,2 Monaten, 2014 bei 3,3 Monaten, 2015 bei 6,3 Monaten, 2016 bei 9,1 Monaten und 2017 bei 16,5 Monaten. Vor allem in der zweiten Instanz werden die Verfahren jetzt zusätzlich immer länger. Das Bundesverwaltungsgericht erhält derzeit pro Monat 1.000 Verfahren mehr als bearbeitet werden können. Dennoch wird eine umfassende Personalaufstockung zur Vermeidung der massiven Verlängerungen der Verfahren verweigert.

Bundesregierung verweist auf arbeitslose Asylberechtigte

Die österreichische Bundesregierung verweist auf die arbeitslosen Asylberechtigten, die die Lehrstellenkrise beheben sollen. Doch das ist unmöglich: aktuell sind nur 89 Asylberechtigte unter 25 als Lehrstellensuchende gemeldet. Auch hier muss gehandelt werden, aber die Zahlen zeigen ganz eindeutig, dass damit alleine keine Lösung möglich ist. Und: mehr als 1.000 Asylberechtigte sind die OÖ bereits in Lehrausbildung, darunter über 300 Syrer/innen.

Lehre für Asylwerber/innen soll Anfang nächster Woche definitiv beendet werden

Derzeit arbeitet das Sozialministerium an einem Erlass, mit dem der bisherige Erlass der damaligen Bundesregierung des damaligen Bundesministers Hundstorfer in Abstimmung mit dem damaligen Integrationsstaatssekretär Kurz und Innenminister Mikl-Leitner aufgehoben werden soll. Damit fällt die einzige echte Beschäftigungsmöglichkeit für Asylwerbende, obwohl die Asylverfahren inkl. der 2. Instanz nicht kürzer, sondern sogar noch länger werden.

Streichung der Lehre klar europarechtswidrig - Anschober startet Initiative bei der EU-Kommission

Die EU-Aufnahme-RL schreibt vor, dass die Mitgliedstaaten dafür Sorge tragen müssen, dass der Antragsteller spätestens neun Monate nach der Stellung des Antrags auf internationalen Schutz Zugang zum Arbeitsmarkt erhält (sofern die zuständige Behörde noch keine erstinstanzliche Entscheidung erlassen hat und diese Verzögerung nicht dem Antragsteller zur Last gelegt werden kann) – sie haben für einen effektiven Arbeitsmarktzugang für Antragsteller zu sorgen. Denn jahrelange Asylverfahren, in denen die Betroffenen zur Untätigkeit verdammt sind, macht Menschen unfähig zur späteren Arbeitsaufnahme und verschärft ihre Probleme. Österreich hat bislang ausschließlich den Zugang zur Lehre als Umsetzung der Aufnahme richtlinie verankert (neben kurzzeitigen Beschäftigungsbewilligungen wie Saisonarbeit – „Bartensteinerlass“). Wird nun diese auch noch zerstört, dann ist dies ein klarer Bruch der Aufnahme richtlinie. Anschober schaltet daher nun die EU-Kommission ein.

Zugang zur Lehre bereits blockiert

Unternehmer/innen berichten aus fünf verschiedenen Bundesländern: bereits seit letzter Woche trifft das jeweilige AMS nach Anträgen der Unternehmen keine Entscheidungen mehr.

Offensive gegen Ende für Lehre als letzte Chance

Gestern hat Oberösterreichs Integrations-Landesrat eine klare Positionierung aller Oppositionsparteien erreicht, die zu einer Initiative kommende Woche im Nationalrat gegen das Ende für die Lehre führen wird.

Tausende haben bereits einen Offenen Brief Anschobers an den Bundeskanzler unterzeichnet, der ein Beibehalten der Lehre, Sicherheit gegen die Abschiebung während der Ausbildung und eine rasche Verwirklichung eines eigenen Aufenthaltsstatus für Lehrlinge aus Drittstaaten. Und in verschiedenen Landtagen und Landesregierungen werden ebenfalls Anträge eingebracht.

Anschober appelliert an den Bundeskanzler: „Nachdenkpause und endlich die Gesprächsverweigerung beenden! Ansonsten werden Probleme in bisher weitgehend gut funktionierenden Bereichen produziert. Immer längere Verfahren und erzwungene Untätigkeit bei gleichzeitiger Zerstörung der letzten Perspektiven schaffen Konflikte und Probleme. Das kann niemand wollen.“